



Foto:Eike Schlüter

## Professor befürchtet Abbau von weiteren Millionen Jobs

**Rosenheim - «Mehr Arbeitsplätze braucht das Land!» - Unter diesem Motto stand der Bayerische Wirtschaftstag 2005, den der Wirtschaftsbeirat der Union am vergangenen Donnerstag im Rosenheimer Ku'Ko veranstaltete.**

Führende CSU-Politiker und Unternehmer malten dabei ein düsteres Bild der aktuellen wirtschaftlichen Lage und warben für einen Regierungswechsel in Berlin. Wie jedoch wirklich neue Jobs entstehen sollen, blieb weitgehend unklar. Professor Horst Wildemann, Leiter des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Universität München, äußerte in seinem Festvortrag sogar die Befürchtung, es könnten in den nächsten Jahren bis zu 1,9 Millionen weitere Arbeitsplätze aus Deutschland verlagert werden. «Die großen Unternehmen haben die Globalisierung bereits durchgeführt. Jetzt wird der Mittelstand mit dem ‚Outsourcing‘ nachziehen», prophezeite Wildemann. «Die Unternehmen sind die Gewinner der Globalisierung. Die Verlierer sind derzeit die Arbeitnehmer und der Standort Deutschland», sagte der Hochschulprofessor. Damit sich Letzteres ändere, müssten die Faktorkosten der Arbeit gesenkt und die Produktivität gesteigert werden. Wildemann forderte die Unternehmer auf, verstärkt auf Qualität und Innovationen zu setzen. «Wir dürfen den Standort Deutschland nicht kampflös preis geben.»

Vor Wildemanns Festvortrag hatte Dr. Dieter Soltmann, der Präsident des Wirtschaftsbeirats der Union, den Bayerischen Wirtschaftstag eröffnet. «Ohne neue Arbeitsplätze werden alle Reformvorhaben auch einer künftigen Regierung scheitern», mahnte er vor rund 400 mittelständischen Unternehmern und Politikern aus ganz Bayern, die ins Ku'Ko gekommen waren. Neue Jobs müssten daher das zentrale Ziel einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sein.

Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer nutzte in ihrem Grußwort die Gunst der Stunde, um beim prominenten Publikum für den Wirtschaftsstandort Rosenheim zu werben. Der langjährige Rosenheimer Landtagsabgeordnete und Bezirksvorsitzende des Wirtschaftsbeirats Adolf Dingreiter meinte, die Neuwahlen böten jetzt «die Chance, das Land aus der quälenden Stagnation zu befreien». Der Vollkasko-Staat habe keine Zukunft mehr, jeder Einzelne müsste seinen Beitrag leisten. «Die Arbeitgeber müssen dem

Wettbewerb und Wandel offensiv begegnen und die Arbeitnehmer sich noch mehr für die Verbesserung ihrer Qualifikation für eine Beschäftigung einsetzen», so Dinglreiter. Bei einer anschließenden Podiumsdiskussion, die von Nikolaus Piper, Ressortleiter Wirtschaft der *Süddeutschen Zeitung* moderiert wurde, sprach sich Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu für eine «Revitalisierung der sozialen Marktwirtschaft» aus. Ähnlich wie Dinglreiter betonte er jedoch, die momentane Vollversorgung der Bürger sei nicht mehr bezahlbar. Nur wenn Betriebe in Deutschland wieder verdienen könnten, würden sie auch in neue Anlagen und Arbeitsplätze investieren. Wiesheu forderte eine Steuerreform, bei der zunächst alle Ausnahmeregelungen abgeschafft und zugleich bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Betriebe geboten werden, um die Investitionstätigkeit anzukurbeln. Nur durch eine starke Wachstumspolitik, die zu Innovationen und neuen Produkten führe, könne Deutschland aus der Krise befreit werden. Kritik übte der bayerische Wirtschaftsminister an dem von den Unionsspitzen mittlerweile abgesegneten Plan, nach einem Sieg bei den vorgezogenen Neuwahlen die Mehrwertsteuer erhöhen zu wollen.

Die Wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dagmar Wöhrl kritisierte, als Unternehmer habe man heutzutage in der Bundesrepublik keine Freiheit mehr. «Es gibt immer mehr Bürokratie, immer mehr Auflagen und Verordnungen.» Wöhrl meinte, man befinde sich in «einer der katastrophalsten Lagen, die es je in der Bundesrepublik gab». Die Betriebe bräuchten wieder mehr Planungssicherheit, um das verloren gegangene Vertrauen in den Standort Deutschland zurück zu gewinnen.

Der Rosenheimer Unternehmer Anton Kathrein sagte, Deutschland sei «eigentlich ein Fall für die Insolvenzverwaltung». Aufgrund der hohen Staatsverschuldung müssten ausgeglichene Haushalte künftig oberste Priorität haben, forderte er von der Politik. «Wir wollen Wohlstand für alle, aber nicht unbezahlbare Wohlfahrt für alle.» Momentan sehe er in Deutschland «mehr Sozialismus als soziale Marktwirtschaft», monierte Kathrein. Nur durch Wirtschaftswachstum könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dafür ist sein Unternehmen das beste Beispiel, bei den Kathrein-Werken sind allein in Bayern im vergangenen Jahr 750 neue Jobs entstanden.

**Eike Schlüter** 14.07.2005

[Artikel drucken](#)   [Fenster schliessen](#)

---

**URL zu diesem Artikel:**

[http://www.rosenheimer-nachrichten.de/nachrichten/zet\\_report\\_33\\_8170.html](http://www.rosenheimer-nachrichten.de/nachrichten/zet_report_33_8170.html)

**Lesen Sie dazu auch:**

- [Heftiger Hagelsturm kurbelt die Wirtschaft in der Region an \(13.07.2005\)](#)
- [Bürgerversicherung als Zukunftsperspektive \(08.07.2005\)](#)
- [Bundestagswahl: Grüne schlagen Adil Oyan vor \(30.06.2005\)](#)
- [Globaler Marshall-Plan soll Untergang aufhalten \(29.06.2005\)](#)
- [CSU wählt Daniela Raab zur Direktkandidatin \(29.06.2005\)](#)
- [Zukunftsforscher wollen die Welt verbessern \(17.06.2005\)](#)
- [Angelika Graf: Nein zur Atomkraft \(16.06.2005\)](#)
- [Zukunftsforscher warnt Deutsche vor Wohlstandsillusionen \(12.06.2005\)](#)

**Links zu diesem Artikel:**

- [Wirtschaftsbeirat der Union e.V.](#)

---

Copyright 2005 by rosenheimer-nachrichten.de